

## **Friedensbewegung und Zweiter Kalter Krieg - Europäische und Transatlantische Perspektiven, 24. - 26. März 2010, Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin**

Die Bezeichnung des Kolloquiums lässt an die fast gleichlautende Tagung vor einem Jahr erinnern. Die damals vom Institut für Zeitgeschichte und dem Deutschen Historischen Institut Washington organisierte Tagung „Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung“ hatte den 30. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 zum Anlass. Sie war transnational angelegt und fragte nach den internationalen politischen Zusammenhängen des Beschlusses und seinen gesellschaftlichen Rückwirkungen, insbesondere nach der Friedensbewegung. Damals wurde klar, dass eine Anzahl neuer Dissertationsprojekte mehr oder weniger explizit zur Friedensbewegung oder in engem Zusammenhang mit der Friedensbewegung in Bearbeitung war. Es schien demnach viel versprechend, die Doktorand/innen ein Jahr später zu einem Follow-up, zu einem Kolloquium „Friedensbewegung und Zweiter Kalter Krieg“ einzuladen, welches vom 24. - 26. März 2010 im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung stattgefunden hat.

Bei der Friedensbewegung der 1980er Jahre handelte es sich, wie der Marburger Zeithistoriker Eckart Conze während der Tagung ausführte, um die größte politische Bewegung in der Geschichte der alten Bundesrepublik. Die Ankündigung der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen evozierte Friedensbewegungen in ganz Westeuropa, die zu Massenbewegungen wurden und die - zusammen mit der Ökologie- und der Frauenbewegung - entscheidend zur Formierung und dem späteren politischen Erfolg der Grünen beitrugen. Die Friedensbewegung war mithin keine bloße Reaktion auf die Nachrüstung, erst recht kein bloßes Produkt östlicher Unterwanderungsstrategien, auch wenn diese im Kalten Krieg nicht gefehlt haben. Es scheint, wenn hier eine erste These aus den frischen Eindrücken von der Tagung erlaubt ist, dass sich die Befunde zur Friedensbewegung mit denen zur Strukturkrise der frühen 1970er Jahre in das Bild einordnen lassen, welches Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael von der Bundesrepublik Deutschland „nach dem Boom“ zeichnen. Die Strukturkrise der frühen 1970er Jahre hätte, so gesehen, auch eine Strukturkrise der Sicherheitspolitik bzw. des sicherheitspolitischen Denkens in weiten Teilen der Gesellschaft, ja, einen demokratischen Aufbruch in der Sicherheitspolitik nach sich gezogen.

Die Tagung ist im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes „Nuclear Crisis“ aus einer Kooperation des Referats für Zeitgeschichte und des Archivs Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, des Deutschen Historischen Instituts, Washington D.C., und der Philologisch-Historischen Fakultät der Universität Augsburg, „Geschichte des europäisch-transatlantischen Kulturraums“ (GETK), entstanden. Sie brachte fünfzehn Doktorand/innen und Postdocs und etwa gleich viele weitere Teilnehmer/innen in Form eines Kolloquiums für drei Tage zusammen, die zurzeit zu den Friedensbewegungen - hier ist der Plural angemessener - in Deutschland und Westeuropa, zu Strömungen, Akteuren und Gegeneliten in den Friedensbewegungen, zu Protestkulturen und zur Populärkultur im Zusammenhang mit den Friedensbewegungen, zu parallelen neuen sozialen Bewegungen sowie zur Entstehung der Weltwirtschaftsgipfel in der Mitte der 1970er Jahre und zu den Rückwirkungen des KSZE-Prozesses auf die Oppositionsbewegungen in der DDR und in Polen forschen. Damit folgte die Tagung den Zielsetzungen des Nuclear-Crisis-Projektes des Deutschen Historischen Instituts, welche Martin Klimke eingangs erläuterte.

In das Kolloquium waren zwei öffentlichen Abendveranstaltungen integriert. In der ersten kamen Eva Quistorp und Ines Reich-Hilweg in einer von Paul Hockenos moderierten Gesprächsrunde als Zeitzeuginnen aus der Friedensbewegung zu Wort. Am zweiten Abend stellte der Marburger Zeithistoriker Eckart Conze in seinem Vortrag „Sicherheitsstreben und Modernitätskepsis. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik“ den Wandel des Sicherheitsdenkens in den 1970er und 1980er Jahren bei den politischen Entscheidungsträgern wie in der Friedensbewegung dar. Im Zentrum des Kolloquiums standen 15 Dissertations- und Forschungsprojekte, die, in sieben Forschungsschwerpunkte gruppiert, ein differenziertes Bild der

laufenden Forschungen vermittelten.

Das erste Panel „Christliche Friedensbewegungen“ wurde von Philipp Gassert, Augsburg, geleitet. Jan Ole Wiechmann, Marburg, konstatierte, dass die Friedensbewegung nicht nur aus der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses entstanden war, sondern dass die Ursachen für die Massenmobilisierungen tief in der bundesrepublikanischen Gesellschaft verankert waren. Dabei führte die christliche Friedensbewegung als erste eine Strategiedebatte, die über die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses hinauswies und zum Konzept der Gemeinsamen Sicherheit führte. Alexander Leistner, Leipzig, richtete in seinem Vortrag den Blick auf Biographien von Schlüsselpersonen der christlichen Friedensbewegung in der DDR. Dabei unterschied er zwischen fünf sogenannten Aktivistenidentitäten oder funktionalen Bewegungsrollen, deren Bedeutung sich nicht zwangsläufig mit der den jeweiligen Personen zugeschriebenen Prominenz decken muss: Mentor/in, Pionier/in, Vernetzer/in, Aktionist/in, Theoretiker/in.

Das zweite Panel „Parteien“ wurde von Tim Geiger, IfZ Berlin, geleitet. Jan Hansen, Berlin, ging der Frage nach, wie der sozialdemokratische Meinungswandel von der Billigung des Doppelbeschlusses 1979 zur Ablehnung der Raketenstationierung 1983 erklärt werden kann. Seine kulturgeschichtlich inspirierte Neue Politikgeschichte untersucht die sprachlich-symbolische Ebene, die Geltungsansprüche und den Deutungskampf im Nachrüstungsstreit innerhalb der SPD. Silke Mende, Tübingen, erläuterte die Verschränkung der Umwelt-Frieden-Thematik in der Gründungsphase der Grünen zwischen 1980 und 1983. Die Vorträge warfen eine Fülle von Fragen auf. Diskutiert wurde u.a., inwieweit die Denkfigur der Aufkündigung eines sicherheitspolitischen Konsenses trägt oder ob es einen solchen Nachkriegskonsensus tatsächlich nie gegeben hätte. Desweiteren wurde angemerkt, dass es gewisse intellektuelle Kontinuitäten bei der „Suche nach dem Dritten Weg“ in Deutschland in den 1920ern und 1970/80ern gab.

„Öffentliche Debatten & Populärkultur“ lautete der Titel des dritten, von Hanno Balz, Lüneburg, geleiteten Panels. Tim Warneke, Heidelberg, behandelte in seinem Vortrag Bedrohungswahrnehmungen und Rettungsperspektiven der Friedensbewegung in der öffentlichen Debatte um den NATO-Doppelbeschluss in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1979-1984. Philipp Baur, Augsburg, analysierte die nuklearen Weltuntergangsszenarien in der Populärkultur der 1970er und 1980er Jahre. Baur nahm eine Gegenüberstellung zwischen prä- und postapokalyptischen Auseinandersetzungen vor und stellte heraus, dass der Großteil der Darstellungen die Opferperspektive darstellten. Dem oftmals erhobenen Vorwurf an Kulturschaffende, mit ihren Darstellungen des atomaren Todes Panik zu stiften, stellte Philipp Baur entgegen, dass seiner Ansicht nach die Beiträge warnen wollten, bzw. Mut geben und zum Handeln auffordern wollten.

Im nächsten, von Marianne Zepp, Heinrich-Böll-Stiftung Berlin, geleiteten Panel „Zwischen Ost und West“ ging es um das Wechselspiel zwischen der Friedensbewegung und dem KSZE-Prozess in Osteuropa. Beide Vorträge von Gunter Dehnert, Erlangen, und Anja Hanisch, Berlin, sind im Rahmen des Forschungsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte „Der KSZE-Prozess: Multilaterale Konferenzdiplomatie und ihre Folgen (1975-1989/91)“ entstanden. Als ein Ergebnis wurde festgehalten, dass die polnische Opposition stärker auf den KSZE-Prozess Bezug nahm und in der DDR dagegen die Ausweisungs- und Ausreisewellen als staatliche Ventilfunktion dienten. Die Ausreisebewegung konnte kein Zentrum und keine Sprecher/innen hervorbringen, die unabhängige Friedensbewegung durch Ausweisungen zerschlagen werden.

Das folgende, von Simon Teune, WZB Berlin, geleitete Panel „Akteure der Friedensbewegung“ vereinte drei sehr unterschiedliche Akteurstypen innerhalb der Friedensbewegung. Hanno Balz, Lüneburg, untersuchte anhand der Krawalle um das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr 1980 in Bremen das „autonome Spektrum“ innerhalb der Friedensbewegung, in deren Folge sich die linksradikalen Proteste vom Ost-West- zum Nord-Süd-Konflikt neu ausgerichtet hätten. Claudia

Kemper, Hamburg, referierte über die deutsche Sektion der International Physicians Preventing Nuclear War (IPPNW), die ihre Inanspruchnahme als Zivilschutzärzte im Rahmen der Atomkriegsstrategie ablehnten. Sie verweigerten insbesondere die theoretisch vorgesehene Selektion der zivilen Bevölkerung nach militärisch-politischen Brauchbarkeitskriterien. Saskia Richter, Berlin, ging der Frage nach, wie weit das Charisma von Petra Kelly auf der Projektion der Bedürfnisse und Ängste der Bevölkerung auf ihre Person beruhte und ihren politischen und medialen Erfolg begründet hat. Die drei Vorträge leiteten zu einer Diskussion der Frage der erfolgreichen Professionalisierung der Friedensbewegung, die in Gestalt von Organisationen wie den Grünen und der deutschen Sektion der IPPNW exemplarisch greifbar sei, die aber auch unter Hinweis auf die inzwischen zur Normalität gewordenen Einsätze der Bundeswehr als Expeditionschorps entschieden bestritten wurde.

Das sechste Panel „Transnationale Aspekte“ wurde von Christoph Becker-Schaum geleitet und behandelte Aspekte der internationalen Sicherheitspolitik wie der transnationalen Zusammenarbeit in der Friedensbewegung. So untersuchte Enrico Böhm, Marburg, wie die G7, die sich Mitte der 1970er Jahre nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods konstituiert hat, weltwirtschaftliche Fragen zunehmend unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten behandelt hat. Sebastian Kalden, Marburg, ging der Zusammenarbeit des Interkirchlichen Friedensrats in den Niederlanden, der Campaign for Nuclear Disarmament in Großbritannien und mehreren westdeutschen Organisationen, insbesondere der Aktion Sühnezeichen - Friedensdienste, nach, die er anhand der Verbreitung von gewaltfreien Protestformen, z.B. Menschenketten, und Symbolen erläuterte.

Das siebte Panel „Protest im zeitlichen Kontext der 1980er Jahre“ wurde von Martin Klimke, GHI Washington, geleitet. Birgit Metzger, Freiburg, untersuchte die durch das Waldsterben ausgelöste Umweltbewegung und verortete ihre zentralen Begriffe in langjährigen deutschen Stereotypen (Deutscher Wald) wie in aktuellen medizinischen Katastrophendiskursen (z.B. Aids). Reinhild Kreis, Augsburg, verglich die amerikakritischen Proteste - und speziell die Protestformen - der 1980er Jahre mit dem Antiimperialismus und Anti-Vietnamkriegs-Protest der Studentenbewegung.

Philipp Gassert, Augsburg, leitete mit seinem Resümee die Abschlussdiskussion ein. Er stellte fest, dass alle Vorträge die Friedensbewegung in den breiten Kontext der Nachkriegsgeschichte gestellt haben. Gegenüber der 1968er-Bewegung sei der Abschied von der Utopie ein Charakterzug der Friedensbewegung, die gleichwohl nicht durch einen scharfen Bruch, sondern durch eine Vielzahl von Kontinuitäten mit der Studentenbewegung verbunden sei. Unterscheidende Merkmale der Friedensbewegung seien die enorme Breite der Kritik, der Trägergruppen und Milieus - man könne von einer Verbürgerlichung des Protests sprechen -, entsprechend groß sei die Relevanz künftiger biografischer, lokaler und regionaler Studien. Auch sollten verstärkt differenzierende Untersuchungen nach genderspezifischen Aspekten, nach Herkunft, sozialem Status und Generationen angestellt werden.

Weitere Berichte und Materialien werden auf der Internetplattform des Nuclear-Crisis-Projektes eingestellt ([www.nuclearcrisis.org](http://www.nuclearcrisis.org)).

Anastasia Surkov, Christine Holtkamp, Christoph Becker-Schaum, Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin